



## *Vorwort*

Der nachfolgende Fachartikel *„Die Verantwortung des Gedenkens: Erinnerungskultur in Bosnien und Herzegowina als politische Bildungsaufgabe“* entstand im Rahmen der Kooperationsarbeit zwischen der Exzellenzuniversität Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Sarajevo, in deren Kontext Wissenschaftler:innen beider Institutionen eng zusammenarbeiten. Er ist Teil des interdisziplinären Forschungsprojekts *„Die Kinder des Balkans – Zwischen Identitätsfindung, Nationalbewusstsein und Religiosität: Bosnien und Herzegowina“* am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die beiden Autor:innen des Beitrags sind zugleich Herausgeber:innen des aus dem Forschungsprojekt hervorgehenden Sammelbandes gleichen Titels. In ihrem Artikel verbinden sie interdisziplinäre Tiefe mit analytischer Ganzheitlichkeit. Ihre Zusammenarbeit integriert unterschiedliche geographische Kontexte sowie komplementäre wissenschaftliche Zugänge, die eine multiperspektivische Annäherung an Fragen der Erinnerungskultur in postkonfliktiven Gesellschaften ermöglichen. Ebenso stehen sie als Wissenschaftler:innen exemplarisch für eine zukunftsgerichtete Erinnerungskultur, die nicht im Trauma verharret, sondern aktiv politisch wie gesellschaftlich gestaltet wird.

Die Veröffentlichung des Fachartikels in der Domberg-Akademie erfolgt im Rahmen einer zukünftigen Kooperation zwischen der Domberg-Akademie und dem Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Zuge der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft, Forschung und Gesellschaft sollen Veranstaltungen zu dem Forschungsprojekt sowie zu seinen thematischen Schwerpunkten konzipiert und durchgeführt werden. Auf diese Weise wird die Verbindung von akademischer Forschung und gesellschaftlicher Praxis gestärkt und der fachliche Diskurs über Erinnerungskultur in der politischen Bildung nachhaltig gefördert.



## Themenfeld „Demokratie und Ethik“ *Politische Bildung im europäischen Diskurs*

*Fachartikel*

### **Die Verantwortung des Gedenkens: Erinnerungskultur in Bosnien und Herzegowina als politische Bildungsaufgabe**

Havva Doksar & Sead Turčalo

Die Erinnerungskultur stellt eine zentrale Säule kollektiver Identitätsbildung dar und fungiert als gesellschaftlicher Mechanismus zur historischen Aufarbeitung, zur ethischen Selbstvergewisserung sowie zur politischen Verantwortungsübernahme. Sie definiert soziale und politische Handlungsräume, strukturiert das kollektive Gedächtnis und dient als Medium gesellschaftlicher Orientierung und Sinnstiftung. Ihre Bedeutung reicht weit über die bloße Bewahrung historischer Fakten hinaus, da sie individuelle Erinnerungsprozesse sowie kulturelle und politische Diskurse prägt.

Besonders in Kontexten kollektiver Gewalt, Schuld und Traumatisierung zeigt sich, wie eng Erinnerungskultur mit normativen Fragestellungen sowie identitätsbezogener Selbstverortung verflochten ist. Sie eröffnet einen Deutungsraum, in dem Auseinandersetzungen über das historische Erbe geführt werden. Hier manifestieren sich hegemoniale Narrative, politische Interessen und konkurrierende Perspektiven, die in komplexen erinnerungspolitischen Aushandlungsprozessen aufeinandertreffen. Diese Prozesse betreffen nicht nur vergangenheitsbezogene Deutungsmuster, sondern prägen auch gegenwärtige Machtverhältnisse und kollektive Selbstbilder.

Bosnien und Herzegowina bietet ein besonders anschauliches Beispiel dafür, wie Erinnerung in einer postkonfliktiven Gesellschaft wirksam wird und gleichzeitig Spannungen hervorrufen kann. Der Staat ist nach wie vor bemüht um ein gemeinsames Erinnern. Seit dem Dayton-Abkommen von 1995 sind die institutionellen Strukturen zwar etabliert, bleiben jedoch stark von ethnonationalen Perspektiven geprägt. Diese politische wie auch gesellschaftliche Vielschichtigkeit spiegelt sich auch in der Erinnerungskultur wider. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext der Umgang mit dem Genozid von Srebrenica, dessen bewusste und öffentliche Aufarbeitung nicht nur eine moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern darstellt, sondern zugleich eine essenzielle Grundlage sowohl für die gesellschaftliche Heilung als auch für die demokratische Entwicklung des vielschichtigen politischen Systems Bosniens und Herzegowinas bildet. Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit ist jedoch von Spannungen geprägt, sodass ‚Erinnerungskriege‘ kein abstraktes Phänomen, sondern eine konkrete politische Realität

sind, die in Bosnien und Herzegowina täglich in den Schulen, auf öffentlichen Plätzen, in Gerichtssälen und in den Kulturräumen des Landes ausgetragen wird. Das Friedensabkommen von Dayton beendete zwar die Gewalt, enthielt jedoch keine Bestimmungen zur Bildungsreform und behandelte diese als eine interne Angelegenheit. Das daraus resultierende Versäumnis, verbunden mit der Schaffung einer stark dezentralisierten Staatsstruktur mit Entitäten und Kantonen, die die Bildung kontrollieren, erzeugte ein politisches Vakuum. Dieses Vakuum wurde umgehend von denselben ethno-nationalen Parteien gefüllt, die das Daytoner Abkommen unterzeichnet hatten und die eigene Bildungssysteme zur Stärkung der Gruppenidentität etablierten. Dadurch entstand ein System, in dem faktisch drei separate, monoethnische Lehrpläne existieren. Die Segregation manifestiert sich physisch im Phänomen der „zwei Schulen unter einem Dach“, bei dem bosniakische und kroatische Kinder zwar im selben Gebäude unterrichtet werden, jedoch durch Eingänge, Pausenzeiten und Lehrpläne voneinander getrennt sind. Dies verhindert jede sinnvolle Interaktion und fördert Intoleranz von frühester Kindheit an.

Hinzu kommt, dass der Kern der Bildungsfragmentierung im Unterricht der ‚nationalen Fächergruppe‘, insbesondere der Geschichte, selbst liegt. Lehrbücher und Lehrpläne präsentieren drei unvereinbare Narrative über den Krieg von 1992–1995 und erzeugen so einen ‚Wir-gegen-die‘-Rahmen. Ein zentraler Unterschied besteht in der Definition des Krieges selbst. Bosniakische und kroatische Lehrpläne bezeichnen ihn überwiegend als ‚Aggression‘, während der serbische Lehrplan ihn als ‚Bürgerkrieg‘ oder ‚interethnischen und interreligiösen Konflikt‘ rahmt, ein Narrativ, das die externe Beteiligung verschleiert und Verantwortung gleichsetzt. Die Darstellung von Kriegsverbrechen und Massengewalt erfolgt zudem äußerst selektiv und dient der Konstruktion eines Narrativs, das ausschließlich der eigenen Gruppe den Opferstatus zuschreibt.

Neben der inhaltlichen Aufarbeitung trägt auch der pädagogische Ansatz im Rahmen der unterrichtspraktischen Umsetzung zur Verstärkung der Spaltung bei. Lehrmethoden setzen dabei auf das Auswendiglernen eines singulären, einseitigen Narrativs anstelle von kritischem Denken, Quellenanalyse oder Multiperspektivität. Die Lehrkräfte selbst sind häufig ein Produkt dieses gespaltenen Systems und können persönliche Kriegstraumata mitbringen, was einen objektiven Unterricht erheblich erschwert. Zudem mangelt es an adäquater Aus- und Weiterbildung im Umgang mit sensiblen sowie kontroversen historischen Themen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass in Bosnien und Herzegowina für die Förderung demokratischer Werte, die interethnische Verständigung sowie die Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft eine gemeinsam entwickelte und inklusiv gestaltete Erinnerungskultur von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz ist. Damit Erinnerung nicht zur Reproduktion von Konflikten und gesellschaftlicher Spaltung beiträgt, sondern als Ressource für Verständigung sowie Versöhnung wirksam wird, bedarf es einer konsequenten

curricularen und didaktischen Verankerung erinnerungskultureller Inhalte in der politischen Bildungsarbeit, auf der Basis von Pluralität, historischer Verantwortung und gesellschaftlicher Empathie. Zentrales Ziel sollte es dabei sein, junge Menschen zu historisch und politisch mündigen Bürger\*innen heranzubilden, die die Vergangenheit nicht verdrängen, sondern als ethisch-normativen Referenzrahmen für eine demokratische Zukunft begreifen. Dabei ist es essentiell, dass sich die junge Generation vielschichtig mit der Geschichte Bosniens und Herzegowinas sowie deren Einbettung in den europäischen Kontext auseinandersetzt, da eine ganzheitliche politische Bildung die Möglichkeit eröffnet, komplexe Zusammenhänge sowie Dynamiken der Vergangenheit zu verstehen und ihre fortwirkende Bedeutung für die Gegenwart kritisch zu reflektieren.

Um dieses Bildungsziel in der Praxis zu verwirklichen, kommt insbesondere der zivilgesellschaftlichen Erinnerungsarbeit eine zentrale Rolle zu. Sie schafft Räume, in denen innovative Ansätze entwickelt werden, die historisches Lernen mit gesellschaftlicher Verantwortung verbinden und dadurch konkrete Beiträge zur politischen Bildung leisten können.

Die Landschaft der Erinnerungsarbeit in Bosnien und Herzegowina ist durch eine lebendige, zugleich jedoch fragmentierte Sammlung zivilgesellschaftlicher und kultureller Initiativen gekennzeichnet, die als Inseln des kritischen Engagements in einem weiten Meer staatlich geförderten Nationalismus fungieren. Es existiert eine breite Palette sehr effektiver und innovativer Projekte in den Bereichen Übergangsjustiz, Bildung und Kunst. Diese Projekte bewirken erfolgreich Veränderungen auf der Mikroebene. Sie stärken Opfer, fördern das kritische Denken junger Menschen und bauen Brücken zwischen Individuen unterschiedlicher ethnischer Gruppen. Gleichwohl agieren sie innerhalb einer makropolitischen Struktur, die ihren Zielen aktiv feindlich gegenübersteht.

Langfristig gilt es, ein Bildungsverständnis zu stärken, das Erinnerung nicht als statischen Rückblick, sondern als dynamischen Aushandlungsprozess begreift. Ein solcher Ansatz ermöglicht es, historische Verantwortung mit demokratischer Innovationskraft zu verbinden und damit Räume zu eröffnen, in denen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einen produktiven Dialog treten. Ein umfassend reflektierter Umgang mit der Vergangenheit bildet dabei eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Resilienz sowie die normative Legitimation demokratischer Institutionen. Dies gilt in besonderem Maße für moderne Demokratien, die sich an den Prinzipien und Werten des europäischen Kanons orientieren. Für Bosnien und Herzegowina erweist sich in diesem Kontext die systematische Integration erinnerungskultureller Perspektiven in die Bildungsprozesse sowohl zur Prävention zukünftiger Gewaltkonflikte als auch zur nachhaltigen Stärkung eines pluralitätsfähigen, friedensorientierten Gemeinwesens als unverzichtbar.